

Begrüßungsrede

Fachtagung Braunkohle - 20.10.2018 Bergheim

Hans Decruppe, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Kreistag Rhein-Erft

Sperrfrist: 20.10.18 – 10.30 Uhr

Ich bitte Platz zu nehmen und wir könnten dann beginnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gewerkschaftsbereich,

liebe Aktivistinnen und -aktivisten aus der Klima- und Umweltbewegung,

werte Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen des Kreistages und aus der Politik,

liebe Genossinnen und Genossen, - und nicht zuletzt

sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse und der Medien,

ich begrüße Sie alle und euch für die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag hier im großen Sitzungssaal des Kreistages des Rhein-Erft-Kreises, dem Energiekreis in NRW.

Unsere Fachtagung „Ausstieg aus der Braunkohle!“

- es ist bereits die dritte Tagung, die wir nach 2012 und 2016 durchführen - wird veranstaltet von der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken im Europa-Parlament und unserer Bundestagsfraktion - mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW und den beiden Initiatoren der Tagung - das sind wir, DIE LINKE. im Kreistag, und unsere Fraktion im Regionalrat Köln.

Unser Treffen findet statt mitten in einem gesellschaftlichen Großkonflikt, in dem es um grundlegende politische Weichenstellungen geht:

- in der Klima- und Umweltpolitik,
- in der Energiepolitik und
- in der Regionalpolitik, d.h. um Politik für die in den Braunkohlerevieren konkret betroffenen Menschen und Beschäftigten.

Hierzu wollen wir Beiträge leisten und Anstöße liefern.

Von mir - im Rahmen der Begrüßung - nur drei Vorabbemerkungen aus der Sicht linker Kommunalpolitik:

1. Wir wollen, dass die politischen Weichen in einem demokratischen Prozess gestellt werden, ohne Gewalt und im Interesse der Mehrheit. Es ist gut: Die deutliche Mehrheit im Land fordert und befürwortet einen möglichst schnellen Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung.

2. Umweltpolitik ist Kommunalpolitik. Sie ist es sogar rechtlich verpflichtend. Denn in Art. 29a Abs. 1. der Landesverfassung NRW heißt es:

„Die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere stehen unter dem Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände.“

Deshalb ist es auch verfassungswidrig und inakzeptabel, wenn einzelne Kommunalparlamente in NRW darin gehindert werden bzw. wurden, sich in Beschlüssen mit Fragen der Braunkohle oder des Braunkohleausstiegs, z.B. des Rodungsstopps im Hambacher Forst, zu befassen.

3. Der Markenkern der LINKEN heißt soziale Politik.

Deshalb war ich nicht nur auf der großen Hambach-Demo vor 14 Tagen aktiv. Wir haben als LINKE für einen gemeinsamen Erfolg mobilisiert, wir waren hervorragend präsent und dies auch zuvor fast durchgehend im Hambacher Forst, insbesondere mit parlamentarischen Beobachtern, als die Baumhäuser mit Polizeigewalt geräumt wurden.

Dafür gilt allen, die an friedlichen Aktionen und Protesten mitgewirkt haben, unser herzlicher Dank!

Als Gewerkschafter – als Mitglied von ver.di und der IG BCE - war ich aber auch zuvor am 01. Oktober im Kraftwerk Niederaussem, als die beiden 300-Megawatt-Blöcke E und F abgeschaltet wurden, die in die sog. nationale Energiereserve versetzt wurden und in vier Jahren endgültig vom Netz gehen werden.

Und natürlich war bei den ebenfalls anwesenden rund 800 Kolleginnen und Kollegen die Unsicherheit und Angst spürbar, wie die Zukunft ihrer Arbeitsplätze aussieht. Ich kenne diese Angst aus vielen Betriebsversammlungen, wenn Konzernvorstände im Profiinteresse von heute auf morgen Massenentlassungen ankündigen oder Arbeitgeber Belegschaften mit Kündigung erpressen.

Und darauf haben wir LINKE eine klare Antwort und Forderung an RWE und den Gesetzgeber:

Für den Prozess des Strukturwandels brauchen wir eine gesetzlich abgesicherte Beschäftigungssicherung. Wir brauchen ein Verbot betriebsbedingter Kündigungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde,

eigentlich habe ich noch viel mehr auf meinem Stichwortzettel; aber das habe ich aus Zeitgründen gestrichen.

Und daher nur ein letzter Punkt:

Die Bundesregierung hat zur Zukunft der Braunkohle und der wirtschaftlichen Perspektive der betroffenen Regionen eine sog. „Kohlekommission“ eingesetzt. Das rheinische Revier – unser Kreis – ist in dieser Kommission mit zwei Personen vertreten,

- mit Antje Grothus von der Initiative Buirer für Buir
und
- mit Michael Kreuzberg, dem Landrat unseres Kreises.

Liebe Antje, lieber Michael,

ich freue mich, dass ihr trotz eurer Verpflichtungen und zeitlichen Belastungen zugesagt habt und gekommen seid. Ich möchte euch auf unserer Tagung herzlich begrüßen.

Zu Michael Kreuzberg, dem Hausherrn in diesen Räumen – an den ich gleich das Wort weitergeben werde –, möchte ich eines nicht unerwähnt lassen:

Michael, du hast hier im Kreis schon früh – im Rahmen des Landratswahlkampfes 2013 – in Sachen Braunkohle Position bezogen. Während andere Politiker aus der Region noch von „Brückentechnologie“ sprachen oder – allen Ernstes – die Auffassung vertraten (einige vertreten es sogar heute noch), dass sich eigentlich nichts ändern müsse, hast du von der Braunkohle als einer „Auslauftechnologie“ gesprochen.

Wir sind gespannt, was du uns heute zu sagen hast. Die Kohlekommission wird ja am Mittwoch hier in Bergheim tagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

ich wünsche unserer Tagung einen erfolgreichen Verlauf. – Glück auf!

Und ich übergebe jetzt das Wort an Herrn Landrat Michael Kreuzberg.